

---

Kerstin Brauckhoff  
Irmgard Schwaetzer (Hrsg.)

# Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik

 Springer VS

*Herausgeber*  
Kerstin Brauckhoff  
Berlin, Deutschland

Irmgard Schwatzer  
Berlin, Deutschland

ISBN 978-3-658-06650-5      ISBN 978-3-658-06651-2 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-658-06651-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

**Titelbild:** Hans-Dietrich Genscher, © Helmut R. Schulze

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media ([www.springer.com](http://www.springer.com))

---

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	9
------------------	---

### I Theoretischer Teil

Verantwortliche Interessenpolitik. Eine Definition Liberaler Außenpolitik .....	17
<i>Hans-Dieter Heumann</i>	
Praktizierte Verantwortungspolitik .....	37
<i>Richard von Weizsäcker</i>	
Liberalismus vs. Realismus. Der Versuch einer Einordnung des „Genscherismus“ in die Theorie der internationalen Beziehungen .....	41
<i>Siegfried Schieder</i>	
Das Geheimnis des „Genscherismus“. Genese, Möglichkeiten und Grenzen eines außenpolitischen Konzepts .....	67
<i>Eckart Conze</i>	
Gate-Crashing beim Bundeskanzler .....	85
<i>Wolfgang Ischinger</i>	

## II Praktischer Teil

Der Brückenbauer Hans-Dietrich Genscher .....	93
<i>Klaus Kinkel</i>	
„Nun wird er Außenminister, und Außenpolitik ist gewiß nicht seine erste Profession.“ – Hans-Dietrich Genschers Anfänge als Außenminister und die Weltordnung zu Beginn seiner Amtszeit .....	97
<i>Andrea Wiegeshoff</i>	
Die Verhandlungen um die Freiheit Namibias (1977–1990 als Vorstufe zur friedlichen Überwindung der Apartheid in Südafrika .....	119
<i>Hans-Joachim Vergau</i>	
Realistische Entspannungspolitik, multilaterale Deutschlandpolitik. Der Weg zur KSZE-Schlussakte von Helsinki, 1974–1975 .....	125
<i>Petri Hakkarainen</i>	
Genscher und der NATO-Doppelbeschluss .....	141
<i>Klaus Wittmann</i>	
„Je kürzer die Reichweite, umso toter die Deutschen.“ .....	167
<i>Frank Elbe</i>	
Liberaler Europapolitik? Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und der Weg zur Einheitlichen Europäischen Akte (1981-1986) .....	173
<i>Agnes Bresselau von Bressendorf</i>	
Neues Denken im Osten. Das Ende des Ost-West-Konflikts (1985–1989) ...	193
<i>Christian Hacke</i>	
Der Kommunikator .....	203
<i>Richard Kiessler</i>	
Deutschland und Europa. Grundzüge der Außenpolitik Genschers 1989 bis 1992 .....	209
<i>Gerhard A. Ritter</i>	

---

Der Weg zur deutschen Einheit, Die „deutsche Frage“ als roter Faden  
in der Politik Hans-Dietrich Genschers ..... 245  
*Andreas Wirsching*

Der ‚human factor‘ in Hans-Dietrich Genschers Politik ..... 265  
*Harald Braun*

### III Ausblick

Interview zwischen Hans-Dietrich Genscher und Gerd Appenzeller;  
7. Juli 2014, Berlin ..... 273

Hans-Dietrich Genscher als Elder Statesman ..... 289  
*Hans-Dieter Lucas*

Autorinnen und Autoren ..... 293

---

## Liberalismus vs. Realismus

### Der Versuch einer Einordnung des „Genscherismus“ in die Theorie der internationalen Beziehungen

Siegfried Schieder

---

#### 1 Einleitung

Hans-Dietrich Genscher war nicht nur derjenige deutsche Politiker, der von 1974 bis 1992 das Amt des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland bislang am längsten ausgeübt hat, sondern dessen Außenpolitik auch mit einem eigenen Begriff bedacht worden ist, nämlich dem des „Genscherismus“ (Kirchner 1990).<sup>1</sup> Obwohl der Begriff ursprünglich auf den Innenpolitiker gemünzt war, etablierte sich der Terminus „Genscherismus“ als Markenzeichen des Außenpolitikers, um das „schwer Begreifbare an seiner Art, Politik zu machen, auf den Punkt zu bringen“ (Rudolph 2009). Dabei war „Genscherismus“ zunächst alles andere als positiv konnotiert. Viele zeitgenössische Beobachter verbanden mit ihm eher kritisch eine moderne Spielart der Politik des Appeasement. Unter dem Einfluss Genschers ging die bundesdeutsche Außenpolitik allmählich dazu über, Moskau und Washington als „moralisch gleichwertig“ zu betrachten (Walter 1990 [1989], S. 171). Diese negative Einschätzung fällt in die 1980er Jahre, als der Westen gezwungen wurde, auf die Abrüstungs- und Reformpolitik von Michail Gorbatschow zu reagieren. Hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl den Kreml-Chef noch als „großartigen Propagandisten“ bezeichnet und mit Joseph Goebbels verglichen (Kohl 1986), war Genscher unter den westlichen Außenministern der erste, der dafür warb, Gorbatschow „beim Wort zu nehmen“ (Genscher 1989).

Genschers ursprünglich kritisch beäugte Öffnungspolitik gegenüber der Sowjetunion wurde später in Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit überwiegend anerkennend gewürdigt – ja, sie erwies sich gar als „historisch visionär“ (Steinmeier 2007). Die Möglichkeit dazu ergab sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit

---

1 Henning Horn und Sebastian Berg gebühren Dank für die Unterstützung bei der Literaturbeschaffung und der Erstellung des Beitrages.

Gorbatschows „neuem politischen Denken“ und wurde zur historischen Möglichkeit 1989, als in den Ländern Mittel- und Osteuropas die innergesellschaftlichen Reformkräfte an Einfluss gewannen und sich das „Fenster zur deutschen Einheit für kurze Zeit öffnete“ (Zelikow und Rice 1995, S. 241). Genscher (1995, S. 623) prägte damals das Wort von den „europäischen Freiheitsrevolutionen“. Damit gab er nicht nur dem friedlichen Wandel hoffungsvoll Ausdruck, sondern darin spiegelt sich auch die Logik wider, die nach seiner Auffassung der deutschen Außenpolitik zugrunde liegen müsse, nämlich die Logik der Entspannungspolitik. Genscher – Kriegsteilnehmer im Zweiten Weltkrieg und Betroffener der deutschen Teilung – war der festen Überzeugung, dass eine Politik der Konfrontation der Bundesrepublik Deutschland schaden werde, eine Politik der Kooperation und des friedlichen Wandels ihr dagegen nützen könne. Legendär ist inzwischen sein außenpolitisches Credo, wonach Deutschland keine nationalen Interessen hat, sondern das europäische Interesse sei das deutsche Interesse (Zürn 2006).

Ziel dieses Beitrages ist es, die außenpolitische Konzeption des „liberalen“ Außenpolitiklers Genscher in den Kanon bestehender Theorien der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik einzuordnen. Erkenntnisleitend ist dabei nicht so sehr die Frage, ob Genscher ein „liberaler“ Außenpolitiker war und welche Maßstäbe an eine „liberale“ Außenpolitik anzulegen sind (dazu Heumann 2001), sondern welches theoretische Weltbild der Außenpolitik Genschers zugrunde liegt. Diese Frage mag auf den ersten Blick sonderbar anmuten, herrscht doch die verbreitete Meinung vor, dass Theorien irrelevant für die praktische Politik seien. Warum sollten Außenpolitiker, die über Abrüstung und Ostpolitik, europäische Integration und die deutsche Einheit zu entscheiden haben, sich mit abstrakten Theoriegebäuden befassen oder gar darüber rasonieren, ob das Problem relativer Machtverteilung die Kooperationsbereitschaft von Staaten beeinflusst oder ob es einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Außenpolitik gibt? Eine solche Sichtweise verkennt jedoch die Praxisrelevanz von Theorie. Wenn nachfolgend der Frage nachgegangen wird, ob sich Genscher im Reden und im außenpolitischen Handeln eher am Realismus oder Liberalismus orientiert hat, dann liegt die Prämisse zugrunde, dass die „theorielose Praxis“ ebenso eine rhetorische Figur darstellt wie die „praxislose Theorie“ nur zu schlechter Wissenschaft führt (Risse 2000, S. 49).

Um die unmittelbare Praxisrelevanz von Theorie am Beispiel der Außenpolitik von Genscher empirisch zu veranschaulichen, gehe ich in zwei Schritten vor. Zunächst verdeutliche ich, was es mit der Praxisrelevanz von Theorien der internationalen Beziehungen auf sich hat, um dann auf idealtypische Weise zentrale Merkmale des Realismus und Liberalismus herauszuarbeiten. Anschließend illustriere ich die impliziten und expliziten theoretischen Annahmen der Außenpolitik von Genscher in zwei ausgewählten Bereichen, die zum Kerngeschäft seiner Außenpolitik

zählen, nämlich der Ost- bzw. Entspannungspolitik und der Europapolitik. Ich argumentiere, dass die Quintessenz des sprichwörtlichen „Genscherismus“ – der, je nach politischem Lager, als kluge, konsensorientierte Außenpolitik gelobt oder als opportunistisches Lavieren gebrandmarkt und von Genscher selbst rückblickend als Wunsch bezeichnet wurde, situationsbezogen und problemlösend zu entscheiden – weniger durch eindeutig realistische oder liberale Annahmen grundiert ist, sondern eher durch eine pragmatische Politik der Verbindung von Realismus und Liberalismus zum Ausdruck kommt, die sich angesichts der komplizierten Lage Deutschlands zwischen den beiden Supermächten nicht nur als widerstandsfähig, sondern auch als im hohen Maße anpassungsfähig erwiesen hat.

---

## 2 Zur Praxisrelevanz von Theorien der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik

Nichts ist praktischer als eine gute Theorie. Dieses populäre Diktum, das gemeinhin Immanuel Kant zugeschrieben wird (Kant 1977 [1793], S. 127), verlangt zunächst ein näheres Verständnis dessen, was mit „Theorie“ gemeint ist. Auf einer basalen Ebene können Theorien ganz allgemein als generalisierende, d. h. verallgemeinernde Aussagen verstanden werden (Joas und Knöbl 2004, S. 17). Jeder von uns verwendet derartige „Theorien“ ständig im alltäglichen Sprachgebrauch, etwa wenn wir davon sprechen, dass Regierungen in der Europäischen Union (EU) primär ihre eigenen Interessen verfolgen. Indem wir beobachten, dass *einige* Regierungen Europa zu ihren eigenen Gunsten instrumentalisieren, schließen wir, dass *alle* Regierungen eigennützig handeln. Der US-amerikanische Philosoph und Pragmatist Charles S. Peirce (1839–1914) hat schon sehr früh darauf hingewiesen, dass sowohl unsere Alltagswahrnehmungen als auch unser Handeln auf einem einzigen Geflecht von Hypothesen beruhen, ohne die wir unsere Gedanken überhaupt nicht sinnvoll artikulieren und Handlungen begründen können. Theorie ist also „so notwendig wie unvermeidlich“, denn ohne sie wären weder Lernen noch Problemlösen möglich (Joas und Knöbl 2004, S. 18).

Wissenschaftliches Denken funktioniert im Prinzip ähnlich, freilich mit dem Unterschied, dass hier Theorien und Hypothesen *gezielt* verwendet und nicht hinterfragte Annahmen über Außenpolitik *explizit* gemacht werden (Spindler und Schieder 2014, S. 4-9). Theorien machen erstens Aussagen über ihren Gegenstand. Die einer Theorie zugrundeliegende Ontologie gibt Antworten auf die Frage, welche substanziellen Vorstellungen, welches „Weltbild“ – verstanden als ein System von Überzeugungen – eine Theorie von ihrem Gegenstand, hier der Außenpolitik,



hat. Zweitens machen Theorien Aussagen über die Methode der Erkenntnisgewinnung und das dahinter liegende Wissenschaftsverständnis. Hierbei geht es nicht darum, wie der Gegenstandsbereich beschaffen ist, sondern um eine Begründung dafür, was als Erkenntnis überhaupt in Betracht kommt und wie wissenschaftliche Erkenntnisse über Außenpolitik gewonnen werden können. Drittens tragen Theorien schließlich auch dazu bei, die Anwendung unseres Wissens in der Praxis zu ermöglichen. Die normativ-praxeologische Dimension begründet damit, was „sein soll“. Als praktische Handlungsanleitung gewinnen Theorien damit einen Stellenwert weit über den akademischen Bereich hinaus.

Geht man also von einem pragmatistischen Theorieverständnis<sup>2</sup> aus, enthalten Beobachtungssprachen „unvermeidlich bereits Theorien, die die Aufmerksamkeit auf bestimmte Phänomene lenken und die Art, wie wir Phänomene wahrnehmen, mitbestimmen“ (Joas und Knöbl 2004, S. 24; Frei 1973). Nichts anderes dürfte Kant mit dem eingangs erwähnten Diktum gemeint haben, für den reale Phänomene nur vermittels theoretischer Begriffe zugänglich und empirische Aussagen immer schon theoretisch „infiziert“ sind. Wir haben immer schon Konzepte und analytische Raster im Kopf, mit denen wir die komplexe Welt der Außen- und internationalen Politik „einfangen“. Folglich sind Beschreibungen oder Erklärungen – ob von Wissenschaftlern oder Außenpolitikern – stets durch theoretische Vorentscheidungen über die Welt und das internationale System geprägt. Insofern gibt es keine „theorielose“ Außenpolitik in der politischen Praxis.

Wenn nun aber die politische Praxis der Außenpolitik zumindest implizit immer von Grundannahmen über die internationale Politik ausgeht, was unterscheidet dann die wissenschaftliche Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen von der Praxis? Die Theoriebezogenheit sicherlich nicht (Risse 2000, S. 50). Wenn der deutsche Außenminister eine außenpolitische Rede hält oder außenpolitische Entscheidungen trifft, dann muss er zwar seine Position begründen und öffentlich rechtfertigen, aber niemand verlangt von ihm, sein handlungsleitendes theoretisches Weltbild offenzulegen, wie das in der Wissenschaft erfolgt. Diese Differenz mag banal klingen, hat aber Folgen für das Verhältnis von Theorie und Praxis. Wenn außenpolitisches Handeln immer schon theoriegeleitet ist, dann ist nicht so sehr die Frage zentral, *ob* Theorien und ihre Grundprämissen die außenpolitische Praxis der Staaten beeinflussen, sondern nur noch *welche*. Lange Zeit wurde die Außenpolitik der westlichen Staaten vom realistischen Paradigma dominiert. Dieser staatszentrierten Perspektive internationaler Politik steht – vereinfacht

---

2 „Wenn etwas in praktischer Hinsicht keinen Unterschied macht, sollte es nach pragmatistischer Auffassung auch in philosophischer Hinsicht keinen Unterschied machen“ (Rorty 2000, S. 27). Ausführlich zum Pragmatismus als eine Theorie des Denkens und Handelns etwa Hellmann (2009).

ausgedrückt – die gesellschaftsorientierte Perspektive gegenüber, die vor allem mit dem liberalen Paradigma verbunden ist. Nachfolgend rekonstruiere ich kurz die Kernmerkmale beider Theorien, die als „Urtheorien“ die theoretische Diskussion maßgeblich geprägt haben.<sup>3</sup>

## 2.1 Realismus und Außenpolitik

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wird offen über den Vorrang von Außen- oder Innenpolitik in den internationalen Beziehungen gestritten. So haben viele Historiker – angefangen von Thukydides – den Begriff vom Primat der Außenpolitik geprägt und argumentiert, dass das Außenverhalten organisierter Gemeinwesen von der internationalen Umwelt entscheidend beeinflusst werde. Berühmt ist die Sentenz von Leopold von Ranke, wonach „das Maß der Unabhängigkeit einem Staat die Stellung in der Welt [gibt]; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zweck einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz“ (Ranke 1887, S. 328). Zwar sind diese älteren Umweltansätze von den Strukturtheorien eines Neorealisten wie Kenneth N. Waltz zu unterscheiden (Waltz 1996). Gemeinsam ist diesen theoretischen Perspektiven aber, dass sie das Denken in Kategorien von Sicherheit, Macht und Gleichgewicht in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellen.

Aus einer realistischen Theorieperspektive ist internationale Politik das Ergebnis der Machtverteilung zwischen den Staaten. Der Realismus geht davon aus, dass in einem anarchischen System souveräner Staaten der Machterhalt und -zugewinn das zentrale Interesse eines jeden Staates ist. Dieser Machtimperativ gründet im klassischen Realismus in einer pessimistischen Sicht auf die menschliche Natur (Morgenthau 1948). Menschen streben vorrangig danach, ihren eigenen Vorteil gegenüber anderen zu sichern und diese zu beherrschen. „International politics, like all politics, is a struggle for power“, so Morgenthau (1948, S. 5). Lässt sich die menschliche Natur innerhalb des Staates noch durch Recht, gemeinsame Institutionen und Werte sowie nicht zuletzt durch eine hierarchische Ordnung bändigen, gibt es jenseits des Staates keine ultimative Autorität und allseits akzeptierte Moral

---

3 Neben diesen beiden Strängen gibt es auch noch einen dritten theoretischen Strang, nämlich den Marxismus. Für die Einordnung der Außenpolitik Genschers in die Theorien der internationalen Beziehungen spielt der Marxismus allerdings keine signifikante Rolle, weshalb darauf nicht näher eingegangen wird. Auch auf den Konstruktivismus wird hier nicht explizit eingegangen, denn er ist keine substanzielle Theorie, sondern eher ein metatheoretischer Rahmen, der erst mit einer ideellen Ontologie gefüllt werden muss.

(Morgenthau 1948, S. 7). Dies erfordert ein erhebliches Maß an Staatskunst. Kluge Staatsmänner und -frauen müssen deshalb danach trachten, die Machtungleichgewichte zwischen den Großmächten auf diplomatischem Wege auszubalancieren (Deitelhoff und Zürn 2013).

Dagegen verortet der strukturelle Realismus das Kernproblem nicht in der Natur des Menschen, sondern in der Natur des internationalen Systems. Dieses erzeugt für die Staaten ein „Sicherheitsdilemma“ (Herz 1974), da es jenseits des Nationalstaates an einer Ordnungsinstanz fehlt, die fähig wäre, Konflikte zwischen Staaten zu schlichten (Waltz 1979). Da Staaten auf Selbsthilfe angewiesen sind und unter Anarchiebedingungen immer damit rechnen müssen, angegriffen zu werden, ist ihr Überleben konstant gefährdet. Aufgrund dieses ständigen Ausnahmezustandes sind Staaten zwingend auf Machterhalt oder -maximierung angewiesen, um möglichen Übergriffen vorzubeugen. Mit anderen Worten, die „Konkurrenz im internationalen System sorgt für eine natürliche Selektion“ (Deitelhoff und Zürn 2013, S. 389). Um jedoch das Überleben im internationalen System zu sichern, können Staaten zum einen eine Politik des Machtgleichgewichts (*balancing*) betreiben, indem sie militärisch aufrüsten oder Allianzen schmieden. Zum anderen können schwächere Staaten ihr Überleben dadurch sichern, indem sie sich an den Hegemon anlehnen (*bandwagoning*), weil sie zur Gegenmachtbildung zu schwach sind oder aber hoffen, durch eine Politik des Appeasement den Konflikt mit dem Hegemon zu vermeiden.

Weil Staaten stets die Machtverteilung zwischen sich und den anderen Staaten im Auge behalten müssen, um Machtungleichgewichte zu verhindern, ist langfristige Kooperation oder ganz generell die Möglichkeit des gemeinsamen Gewinnstrebens eher unwahrscheinlich. Einerseits besteht eine grundsätzliche Misstrauenshaltung gegenüber zwischenstaatlicher Kooperation, weil sich Kooperationsgewinne immer auch in militärische Fähigkeiten ummünzen lassen (Gruber 2000). Denn wer kann vorhersehen, wie Kooperationspartner ihren Anteil am Gewinn in der Zukunft einsetzen werden? Zum anderen ergibt sich – unabhängig davon, ob Staaten durch Kooperation absolut oder relativ gewinnen – das Problem der Gewinnverteilung. Im Lichte einer neorealistischen Logik müssen Staaten immer prüfen, inwieweit absolute Kooperationsgewinne der Partner das bisherige Machtgefüge zwischen Staaten verändern. Denn die Partner oder Freunde von heute könnten schon morgen Feinde sein (Grieco 1988, S. 47).

## 2.2 Liberalismus und Außenpolitik

Im Unterschied zum konservativen Prinzip des Primats der Außenpolitik ist für liberale Theoretiker auswärtige Politik die Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln (Gall 1985, S. 32). Staatstheoretiker wie Otto Hintze oder Historiker wie Eckart Kehr haben argumentiert, dass Außenpolitik von den Regierungen mit Blick auf innenpolitische Gruppierungen und Handlungsspielräume betrieben wird. Im Gegensatz zum Realismus zeichnet der Liberalismus, der bisweilen auch (Neo-)Institutionalismus oder Idealismus genannt wird (Deitelhoff und Zürn 2013, S. 390), ein weniger grimmiges Bild von der internationalen Politik. Der Begriff des Idealismus ist eine Fremdzuschreibung, glaubte man doch, dass auch unter den Bedingungen von Anarchie die Machtpolitik der Staaten durch Regeln und Normen begrenzt werden könne. Das Label (Neo-)Institutionalismus steht für die Bedeutung von internationalen Institutionen, welche die Interessen der Akteure in kooperative Bahnen lenken. Liberal wird das Paradigma letztlich genannt, weil Individuen und gesellschaftliche Gruppen als die zentralen Akteure angesehen werden, die im internationalen System durch Regierungen vertreten werden (Schieder 2014).

Liberalismus und Realismus haben gemeinsam, dass sie internationale Beziehungen als ein System souveräner Staaten ohne übergeordnete Ordnungsinstanz ansehen. Allerdings sind die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden, gänzlich andere. Nicht die Staaten sind die zentralen Subjekte der internationalen Politik, sondern gesellschaftliche Gruppen und die Bevölkerungen mit ihren spezifischen Überzeugungen und Bedürfnissen. Auch die Anarchie im internationalen System wird weniger düster gedeutet als im Realismus. Das Wesen des Menschen ist nicht defizitär, sondern liberale Theoretiker bauen auf die menschliche Vernunft und Fähigkeit, die bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse zu verändern. Zwar stellt das anarchische internationale Umfeld auch für den Liberalismus ein Problem für Frieden und Stabilität dar. Liberale Theoretiker identifizieren aber zwei machtvollere Strategien, um Frieden zu erzeugen (Czempiel 1998).

Eine erste Friedensstrategie gründet auf der Überzeugung, dass friedliches Zusammenleben der Staaten und Völker durch Einwirkungen auf der Interaktionsebene erzeugt werden kann. Begründet wird diese Überzeugung im institutionalistischen Strang des Liberalismus damit, dass internationale Institutionen – darunter werden sowohl formale organisatorische Arrangements als auch informelle Regel- und Normensysteme verstanden – die gemeinsamen Interessen der Akteure zum Vorschein bringen, indem sie den Akteuren einen stabilen Rahmen für ein kooperatives Zusammenleben ermöglichen (Mitrany 1943). Hierbei spielt zum einen das Völkerrecht eine wichtige Rolle (Czempiel 1998, S. 85-108). Zum anderen kann Frieden auch durch internationale Organisationen wie die UN, die

NATO oder die EU erzeugt werden (Czempel 1998, S. 109-146). Diese wirken kooperationsfördernd, indem sie die im internationalen System vorherrschende Unsicherheit abmildern. Multilaterale institutionelle Arrangements stabilisieren nicht nur die Verhaltenserwartungen der Akteure, indem sie Informationen und Regeln bereitstellen, sondern sie tragen dadurch auch zur Reduktion der Transaktionskosten bei (Keohane 1984, S. 97-98).

Eine zweite Friedensstrategie setzt auf die Demokratisierung der Herrschaftssysteme. Gemäß dieser „originär liberalen Perspektive“ (Deitelhoff und Zürn 2013, S. 391) entscheidet die innergesellschaftliche Verfasstheit über das außenpolitische Verhalten von Staaten, wobei Demokratien untereinander friedfertiger sind als nicht-demokratische Regierungssysteme. Bereits Woodrow Wilson hat in seinen Friedensplänen von 1918 („to make the world safe for democracy“) die Bedeutung beider Friedensstrategien – Interaktion und Regierungsform – erkannt. Aber erst der akribischen Arbeit von Statistikern ist es zu verdanken, dass das Theorem des demokratischen Friedens heute zum Grundkanon der Theorie der internationalen Beziehungen gehört (Doyle 1986; Russett 1993). Dabei wird vor allem Bezug genommen auf Immanuel Kants Schrift *Zum ewigen Frieden* (Kant 1977 [1795]), in der dieser – modern gesprochen – drei Bedingungen eines dauerhaften Friedens formulierte: Frieden durch Demokratie, Frieden durch Freihandel und Frieden durch interdemokratische Institutionen (Russett und Oneal 2001). Allgemeiner auf die Strukturen der innergesellschaftlichen Interessenvermittlung setzt der präferenzbasierte Liberalismus. Der Staat selbst ist lediglich ein Transmissionsriemen für die Umsetzung dominanter und einflussreicher gesellschaftlicher Präferenzen (Moravcsik 1997).

---

### **3      Jenseits von Realismus und Liberalismus: Der „Genscherismus“ in der deutschen Sicherheits- und Europapolitik**

In Genschers Arbeitszimmer im Auswärtigen Amt in Bonn hingen die Porträts von Reichskanzler Otto von Bismarck und Gustav Stresemann. Dieses Detail ist für die Frage nach der theoretischen Einordnung der Außen- und Sicherheitspolitik von Genscher nicht unwichtig. Während dem „Magier der Macht“ (Steinberg 2012) die Reichseinigung mit Hilfe der Kriege gegen Österreich (1866) und Frankreich (1870-1871) gelang – in der Folge zielte Bismarck durch eine ausgeklügelte Bündnispolitik auf eine starke Stellung des Deutschen Reichs in Europa –, ist Stresemann, der von 1923 bis 1929 die Geschicke der Außenpolitik der noch jungen Weimarer

Republik leitete, Mitschöpfer des Locarno-Vertrags (1925) und des Ausgleichs mit den Westmächten (Berg 1992). Die Logik der Stresemann'schen Außenpolitik bestand „in der Verbindung von Verständigung mit den Siegermächten und Rückkehr Deutschlands zum Status einer gleichberechtigten Großmacht in Europa“ (Niedhart 1999, S. 18). In einer Rede im Dezember 1925 betonte Stresemann die Notwendigkeit, „das Verhältnis zu anderen Nationen auf gleichlaufenden Interessen“ aufzubauen und von der Vorstellung Abschied zu nehmen, internationale Politik als Nullsummenspiel zu begreifen (Stresemann 1925, S. 481). Erfolgversprechender als militärische Machtgebärden oder gar Krieg sei kooperatives Gewinnstreben, in der sich das deutsche ökonomische Machtpotential zwar nicht ungebunden, letztlich aber auch umso wirkungsvoller entfalten könne.

Stresemanns Handlungsweise fand international Beachtung; sein Name steht nicht nur für die Verfolgung politischer Interessen durch ökonomische Strategien, sondern stellvertretend für die Entspannungspolitik in den 1920er Jahren. Darin sind sich Stresemann und Genscher nicht unähnlich. War die Konzentration auf die Ökonomie in der Weimarer Republik noch aus der Not heraus geboren, so wurde sie nach 1945 zur Tugend. Vor allem der langjährige Außenminister Genscher perfektionierte in der politischen Praxis der 1970er und 1980er Jahre die „Ausschöpfung des handelsstaatlichen Instrumentariums“ (Staack 2000, S. 46). Die Herrschaft von Industrieinteressen in der bundesrepublikanischen Außenpolitik brachte ihm wiederholt den Vorwurf des Wirtschafts-Außenministers ein. Auch seine Ost- und Entspannungspolitik hat Genscher gegen interne und externe Widerstände hartnäckig verfolgt und einmal wie folgt charakterisiert: „Es gab eine originäre deutsche Entspannungspolitik, sie hat die westliche Entspannungspolitik maßgeblich mitgestaltet, sie hat stabile Rahmenbedingungen für ganz Europa geschaffen, die die grundlegenden Veränderungen erleichterten und friedlichen Wandel ermöglichten“ (Genscher, zit. n. Heumann 2002, S. 414).

### 3.1 Genschers Ost- und Entspannungspolitik

Wurde unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (1949–1963) die deutsche Wiedervereinigung noch als Vorbedingung einer Entspannungspolitik in den Ost-West-Beziehungen angesehen (Hanrieder 1991, S. 169–201), hat Bonn in den 1960er Jahren die Rolle als entspannungspolitischer Bremsklotz aufgegeben und die Deutschlandpolitik in die Détente eingebettet. Schon Mitte der 1960er Jahre distanzierte sich der damalige FDP-Politiker Genscher von der Adenauer-Ära und forderte – wie viele Sozialdemokraten – einen Neuanfang in der Ost- und Deutschlandpolitik. Die von ihm mitbegründete sozialliberale Bundesregierung (1969–1982) setzte diese

Politik durch die Ostverträge ins Werk (Haftendorn 2001, S. 173–200). Nach dem Regierungswechsel 1982 entwickelte Genscher die Entspannungspolitik weiter.<sup>4</sup> Ihm gelang die Festlegung der Bundesregierung auf die „doppelte Nulllösung“ in den Verhandlungen über die Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen 1987 und die Ablehnung der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen im Frühjahr 1989 (Kirchner 1990, S. 169). Bonn agierte als Vorreiter der Ost-West-Kooperation, weshalb Genscher wiederholt kritisiert wurde, die feine Linie zwischen Entspannungs- und Beschwichtigungspolitik zu überschreiten. Dabei war für ihn Entspannungspolitik stets Mittel zum Zweck. Sein Pragmatismus bei der Wahl der außenpolitischen Instrumente verband ihn mit Willy Brandt und Egon Bahr ebenso wie mit Helmut Kohl und trennte ihn deutlich von den „Falken“ in den Unionsparteien, die in Kategorien der „militärstrategischen Rückversicherung“ dachten (Staack 2000, S. 113).

Dagegen waren der Bundesaußenminister, Vizekanzler und FDP-Vorsitzende und die große Mehrheit seiner liberalen Partei von der Aussicht auf einen friedlichen Wandel der Ost-West-Beziehungen überzeugt. Für Genscher war von Beginn an Entspannungspolitik wesentlich auch Deutschlandpolitik. Um langfristig „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“,<sup>5</sup> bedürfte es einer multilateralen Methode, mit der die Deutschlandpolitik mit dem gesamteuropäischen Entwicklungsprozess verknüpft werden konnte. Genscher zählte zu jenen westlichen Außenpolitikern, die vom Wert des Multilateralismus als Antithese zur Gleichgewichtspolitik von Beginn an überzeugt waren (Czempiel 2002, S. 137). Dies war nicht selbstverständlich, ist die Tradition der deutschen Außenpolitik – angefangen von Bismarck – eher durch Bilateralismus als durch Multilateralismus geprägt. Dies galt umso mehr für wichtige Bündnispartner wie die USA, die seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Ronald Reagan im Jahre 1981 eine „Politik der Stärke“ verfolgten und angesichts der sowjetischen Aufrüstungspolitik und der Politik indirekter und direkter militärischer Intervention (Afghanistan 1979) die Détente für gescheitert hielten (Haftendorn 2002, S. 121). Genscher musste nicht nur gegen die deutsche Tradition und Widerstände innerhalb der Regierungskoalition ankämpfen (Kirchner 1990, S. 161–162), sondern auch gegen den wichtigsten Verbündeten. Washingtons Politik der Konfrontation und Bonns Ostpolitik

---

4 Die Unionsparteien schwenkten erst unter Bundeskanzler Kohl auf die Prinzipien der Entspannungspolitik ein. Sowohl die Ostverträge als auch den KSZE-Vertrag lehnten CDU und CSU ab.

5 So die Formulierung im „Brief zur deutschen Einheit“ vom 12. August 1970, mit dem die damalige sozialliberale Bundesregierung einseitig ihren Wiedervereinigungsanspruch bekräftigte.

ließen sich nicht einfach in Einklang bringen. Im Prioritätenkonflikt zwischen Bündnissolidarität und deutschem Entspannungsinteresse ließ sich letzteres nur mit Abstrichen verfolgen (Staaack 2000, S. 62).

Gleichwohl war Genscher überzeugt, dass in einer zunehmend interdependenten Welt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern der Multilateralismus nicht nur ein immer wichtiger werdendes Instrument zur Lösung außenpolitischer Probleme darstelle, sondern auch dem friedlichen Wandel diene. Sein Verständnis von Multilateralismus entsprach dabei weitestgehend jenem gehaltvollen Konzept, bei dem die zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Basis allgemein akzeptierter Verhaltensregeln und Prinzipien ablaufen (Ruggie 1993, S. 8). Dazu zählt erstens die Politik des uneingeschränkten Gewaltverzichts. Hinzu kommt zweitens, dass nationale Interessen am besten durch die zur Gewohnheit – also „reflexhaft“ – werdende Kooperation mit den Partnern verwirklicht werden können. Drittens impliziert die multilaterale Methode aber auch reziproke Verlässlichkeit, welche aus der vertrauensvollen Kooperation der Mitglieder der Staatengemeinschaft durch gemeinsame moralische Überzeugungen wie auch gemeinsame Interessen erwächst (Czempiel 2002, S. 144). Im Gegensatz zur realistischen bzw. neorealistischen Sichtweise, die internationale Politik als Ergebnis der Machtverteilung zwischen Staaten ansieht, ermöglicht es der Multilateralismus, „dass der Wille zur Kooperation und zum allseitigen Vorteil und die Absage an die Konfrontation eine neue Kultur des Zusammenlebens schaffen“ (Genscher 2000, S. 9). Sieht man einmal von der unilateralen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens im Jahr 1991 ab, die vor allem vom deutschen Außenminister forciert wurde, blieb Genscher grundsätzlich außenpolitisch der multilateralen Methode verpflichtet (Calic 2007, S. 470).<sup>6</sup>

Obwohl der Multilateralismus als die „bevorzugte Methode liberaler Außenpolitik“ gilt (Heumann 2001, S. 91), hat sich der Umgang mit dem Instrument des Multilateralismus während der langen Amtsjahre auch gewandelt. Auch lassen sich die für die Außenpolitik Genschers typischen Anpassungen am jeweiligen Kontext beobachten. Während es im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – die Schlussakte wurde am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet – nur darum gehen konnte, die eingeleitete Ost-West-Entspannungspolitik durch konkrete Maßnahmen im Bereich der Rüstungskontrolle und der Sicherheitspolitik zu mildern, entfaltete die Methode des Multilateralismus erst nach der Wende von 1989/1990 ihre volle Leistungsfähigkeit, als der KSZE-Prozess mit der Charta von Paris (1990) für ein neues Europa ihren Höhepunkt erreichte und

6 Die Bundesregierung begründete das Ausscheren aus dem europäischen Geleitzug damit, dass der Bundesstaat Jugoslawien faktisch zerfallen sei, weshalb Slowenien und Kroatien das in der UN-Charta ausdrücklich erwähnte Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht verweigert werden durfte.



die Spaltung Europas für beendet erklärt wurde. Genscher, der 1974 ins Auswärtige Amt kam, hatte den 1973 begonnenen KSZE-Mechanismus zwar nicht erfunden. Dennoch betrachtete er den KSZE-Prozess als ureigene Domäne (Heumann 2002, S. 430). Er hatte großen Anteil daran, „dass die Staaten des westlichen Bündnisses multilateral auch mit den Staaten verhandelten, gegen die sie sich zur Verteidigung zusammengeschlossen hatten“ (Czempiel 2002, S. 136–137). Multilateralismus stand für ihn synonym mit der Ost- und Entspannungspolitik.

Der liberal-institutionalistische Grundgedanke, wonach durch multilaterale Verhandlungen sämtlicher Konfliktparteien der Antagonismus des Mächtegleichgewichts in den Ost-West-Beziehungen überwunden werden könne, war konstitutiv für Genschers Außenpolitik. Genscher war aber auch Realist. Er distanzierte sich von der illusionären Verzichtspolitik Brandts und mahnte, dass die Entspannungspolitik kein Ersatz für die Verteidigung des Westens sei, wohl aber – wie im Harmel-Bericht der NATO-Staaten von 1967 formuliert, wo das Schlüsselwort „Détente“ erstmals offiziell verwendet wurde – ein wichtiges Supplement. Statt eines kompromisslosen „Entweder-Oder“ zwischen Abschreckung und Abrüstung definierte der Harmel-Bericht eine „Doppelstrategie“ von militärischer Sicherheit und Entspannung (Haftendorn 2001, S. 264). Genschers „realistische Entspannungspolitik“ lag ganz auf der Linie dieser Doppelstrategie (Genscher 1985 [1982]). „Realistisch“ nannte er seine Politik deshalb, weil sich die NATO stets des weiterbestehenden Gegensatzes zwischen Ost und West in den Wertvorstellungen und Zielen bewusst sein müsse. Während die USA vor allem die Aufrechterhaltung militärischer Stärke betonten, um die Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten, gelte es die Gleichgewichtspolitik aus europäischer Sicht durch eine Politik zu ergänzen, die bereit ist zum Dialog und zu Verhandlungen, um die Spannungen im Ost-West-Verhältnis abzubauen.

In diesem Sinne war „realistische Entspannungspolitik“ für Genscher eine von zwei Säulen in einer ausgewogenen Doppelstrategie für den Frieden, wobei die Sicherung des militärischen Gleichgewichts die Basis darstellte.

Dem einen Teil dieser Strategie, der Gleichgewichtspolitik, fällt die Aufgabe zu, der sowjetischen Führung die Aussichtslosigkeit einer Vorherrschaftspolitik in der Welt klarzumachen. Der andere Teil der Strategie, die Entspannungspolitik, gibt der Sowjetunion gleichzeitig eine Alternative, nämlich die Option eines kooperativen Verhältnisses mit dem Westen. Wenn der Weg der Vorherrschaft dauerhaft versperrt ist, könnte die sowjetische Führung am Ende durchaus zu der Einsicht gelangen, dass es in ihrem Interesse liegt, dieses Angebot zur Kooperation anzunehmen (Genscher 1985 [1982], S. 3).

Mit dieser Doppelstrategie sollte der Fehler einer idealistischen „Beschwichtigungspolitik“, wie er in den 1930er Jahren begangen wurde, ebenso vermieden werden

wie der Fehler des Ersten Weltkrieges, nämlich „als beide Seiten die Kontrolle über die Entwicklung verloren und trotz Bestehens eines Gleichgewichts in einen Krieg hintrieben, den niemand wollte“ (Genscher 1985 [1982], S. 4). Genscher temperierte „his idealism of détente with a dose of realism by maintaining that long-term détente has to be approached objectively“ (Kirchner 1990, S. 165). Seine unnachgiebige Unterstützung für den NATO-Doppelbeschluss 1979 in Reaktion auf die Aufstellung der sowjetischen SS-20-Raketen ist ebenso kennzeichnend für die situative Verbindung realistischer und liberaler Elemente wie die spätere Befürwortung der „doppelten Null-Lösung“ – den völligen Abbau sowohl der Mittelstrecken- als auch der Kurzstreckenwaffen – im Jahre 1987, von der er eine weitere Ost-West-Entspannung erwartete und von der er hoffte, dass sie auch zu Fortschritten bei der konventionellen Abrüstung führen würde (Haftendorn 2001, S. 301).

In der Frühphase seiner Außenpolitik stellte der Multilateralismus also nicht von vornherein eine eindeutige Alternative zu der geregelten Ost-West-Konfrontation dar. Vielmehr sollte durch die „Doppelstrategie“ der multilaterale Rahmen der Entspannungspolitik so transformiert werden, dass die *balance of power* immer mehr zurückgedrängt wird zugunsten der Verwirklichung gleichlaufender Interessen. In den 1970er Jahren war das ein kühner Gedanke, weshalb es auch nicht übertrieben ist, zu sagen, „dass es der deutsche Außenminister Genscher vornehmlich war, der in der Phase der Sprachlosigkeit zwischen Ost und West während der ersten Administration Reagan den Gedanken an die Entspannungspolitik sowohl deklaratorisch wie operativ durch seine zahllosen Reisen am Leben hielt“ (Czempiel 2002, S. 137). Freilich war die Entspannungspolitik – sowohl ökonomisch wie deutschlandpolitisch – alles andere als uneigennützig, hatte doch „niemand mehr Anlass als wir, Entspannung und Zusammenarbeit über die Grenzen und Blöcke hinweg zu fördern“ (Genscher 1985 [1975], S. 78). Genscher redete keineswegs einem Idealismus das Wort. So warnte er nicht nur vor Überschwang, sondern auch vor der Illusion, Entspannungspolitik könne uns von der Bürde befreien, Verteidigungsanstrengungen zu betreiben. So sah er es als falsch an, „to equate reduced threat with reduced defence and that the East’s conventional arms superiority continues to lie at the heart of the security problems in Europe“ (Kirchner 1990, S. 165). Steigende Rüstungsausgaben – die bundesdeutschen Ausgaben stiegen in den 1970er Jahren jährlich um real 3 Prozent an – und Rüstungskontrollpolitik stellen für Genscher keinen Widerspruch dar, ebenso wenig wie die KSZE die NATO ersetzen könne (Genscher 1985 [1975], S. 94–95).

Zu dieser neuen, dem traditionellen Verständnis von Realpolitik zuwiderlaufenden Kursbestimmung in der Ost- und Entspannungspolitik hat zudem beigetragen, dass Genscher von einem liberal-pluralistischen Politikverständnis ausging. Gerade weil der Multilateralismus nicht primär dem „nationalen“ Interesse diene, stehen nicht

die Staaten, sondern die Menschen im Mittelpunkt. Die Verantwortungspolitik, die Genscher gegen die Machtpolitik in Stellung brachte (Heumann 2001, S. 35), verpflichtet die Außenpolitik „nicht irgendeiner anonymen Staatsräson, nicht einem – mehr oder minder willkürlich definierten – Nationalinteresse, sondern den Interessen der Gesellschaft“ (Czempiel 2002, S. 143). Genscher wurde nicht müde, in den Bürgerinnen und Bürgern in Ost- und Westeuropa die eigentlichen Bezugsobjekte seiner Außenpolitik zu sehen. Früher als viele andere westliche Außenpolitiker erkannte er die historische Bedeutung des Reformprozesses in der Sowjetunion und in den Staaten Mittel- und Osteuropas und erhoffte sich davon eine Änderung der Außenpolitik dieser Länder. Er lobte die westlichen Demokratien dafür, dass sie in allen drei „Körben“ der KSZE-Schlussakte – Vertrauensbildung und Abrüstung, Wirtschaft und menschliche Dimension – Zusammenarbeit suchten und dass mit dem Helsinki-Prozess die Menschenrechte als politischer Ordnungsfaktor in die Ost-West-Beziehungen eingeführt wurden. Theoretisch ist dies insofern wichtig, als die originär liberale Theorieperspektive die Abhängigkeit zwischen Demokratie und Frieden nachweisen konnte (Russett 1993; Czempiel 1998).

Mit dem Regierungswechsel 1985 in Moskau wurde nicht nur vieles leichter, sondern es veränderte sich auch die Aufgabenstellung des Multilateralismus. Multilateralismus wurde nicht mehr als Entspannungspolitik und als Instrument des friedlichen Wandels, sondern als Stabilitätsrahmen für die Entwicklungen in Osteuropa und als Parameter für die deutsche Einheit gebraucht. Dass die Wiedervereinigung zu einer „Sternstunde der Diplomatie“ (Zelikow und Rice 1997) wurde und die deutsche Frage als ein Kernproblem europäischer Politik friedlich und mit Zustimmung seiner Verbündeten, seiner östlichen Nachbarn und der Sowjetunion gelöst wurde, ist – wie neuere Studien zeigen (Ritter 2013) – wesentlich dem von Genscher mitformulierten Vereinigungsprogramm zu verdanken: Vereinigung der beiden deutschen Staaten einschließlich Berlins, Grenzgarantie namentlich für Polen und Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO. Auch bei der Suche nach einem Mechanismus für die Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit setzte sich das Auswärtige Amt durch. Genscher legte großen Wert darauf, dass die Formel „Zwei-plus-Vier“ und nicht „Vier-plus-Zwei“ heißt, also die beiden deutschen Staaten mit den vier Hauptsiegermächten sprechen und nicht umgekehrt – eine Verhandlungsformel, die nicht nur von London und Paris, sondern schließlich auch von Moskau akzeptiert wurde (Ritter 2013, S. 75). So sehr Genscher sich um einen multilateralen Rahmen bemühte, so pragmatisch verliefen die Verhandlungen selbst, die vielmehr durch einen dreifachen Bilateralismus (sowjetisch-amerikanischer, (west-)deutsch-amerikanischer und deutsch-sowjetischer Bilateralismus) außerhalb der eigentlichen Sechser-Verhandlungen abliefen (Schlotter, zit. n. Albrecht 1992, S. 181).

Auch nach der Wende 1989/1990 und der Überführung des KSZE-Prozesses in die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hielt Genscher am Multilateralismus fest. Obwohl die Methode des Multilateralismus sich zur Bearbeitung der Konflikte im Rahmen des KSZE-Prozesses als kongenial erwiesen hatte, blieb sie nie auf den Ost-West-Konflikt beschränkt. Wie Czempiel (2002, S. 143) bemerkt, hatte Genscher von Anfang an den Multilateralismus als Strategie angesehen, mit der nicht nur der Helsinki-Prozess, sondern auch die europäische Friedensordnung hergestellt werden sollte. Damit ging ein bedeutender Funktionswandel einher. Mit der OSZE wurde nicht nur der KSZE-Prozess institutionell gestärkt, sondern neben der Konfliktbearbeitung zwischen den Staaten wandte sich die Strategie nun auch den Konflikten in den Staaten selbst zu.<sup>7</sup> Während auf der einen Seite die Methode des Multilateralismus verfestigt wurde, lassen sich in der Ära Genscher auch erste Verfallserscheinungen beobachten (z. B. Entscheidungsregel „Konsens-Minus-Eins“ und Suspension der KSZE-Mitgliedschaft Jugoslawiens 1992). Obwohl die OSZE Anfang der 1990er Jahre als der gesamteuropäische Sicherheitsrahmen betrachtet wurde, der die Staaten von Vancouver bis Wladiwostok umfasst, schob sich die NATO in den Vordergrund, was Genscher als „Rückfall in machtpolitisches Denken“ kritisierte (Genscher 2000, S. 7). So sei die NATO-Osterweiterung vom falschen Glauben ausgegangen, „Sicherheit und Stabilität in Europa seien ohne oder gar gegen Russland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu gewährleisten“ (Genscher 1996, S. 50). Der Ukraine-Konflikt scheint im Recht zu geben.

### 3.2 Genschers Europapolitik

Der liberal begründete Zusammenhang zwischen Demokratie und Außenpolitik, die Verbindung von Multilateralismus und Regionalismus sowie nicht zuletzt die Ausrichtung auf die gesamteuropäische Friedensordnung sind ebenso konstitutiv für Genschers Europapolitik. Auch auf dem Gebiet der europäischen Integration war Genscher Impulsgeber, „der neue Formen internationalen Handelns erprobte“ (Wessels 2002, S. 187). Als Genscher sein Amt antrat, war gerade die erste Nord-erweiterung (1973) um Großbritannien, Irland und Dänemark vollzogen, die das Gewicht der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) im internationalen System signifikant erhöhte. Beim Rücktritt 1992 bestand die Union bereits aus

7 Auf dem Berliner Treffen des KSZE-Außenministerrates im Juni 1991 wurde auf deutscher Initiative hin ein Dringlichkeitsmechanismus geschaffen, der in schwerwiegenden Situationen politische Konsultationen aller KSZE-Staaten vorsieht. Im Jugoslawienkonflikt der frühen 1990er kam der „Berliner Mechanismus“ erstmalig zur Anwendung.

zwölf Mitgliedstaaten, die sich im Maastrichter Vertrag mit der Wirtschafts- und Währungsunion, der Gemeinsamen Sicherheitspolitik und mit Blick auf die Osterweiterung ehrgeizige Ziele setzte. Zwischen diesen beiden Zeitmarken fand kein linearer Wachstumsprozess statt, ebenso wenig wie sich Genschers Europapolitik eindeutig liberalen oder realistischen Theorieelementen zuordnen lässt. Vielmehr verfolgte er eine pragmatische Methode der europäischen Politik, indem er realistisch-intergouvernementale und liberal-institutionalistische Theorieelemente miteinander verknüpfte.

Obwohl Genscher – anders als sein Vorgänger Walter Scheel – nicht europapolitisch präfiguriert war und bis 1982 mit Bundeskanzler Helmut Schmidt einen früheren Verteidigungs-, Finanz- und Wirtschaftsminister an seiner Seite hatte, wurde er über die lange Zeitspanne hinweg zu einem „erfahrenen Mitträger und Gestalter des EG/EU-Systems“ (Wessels 2002, S. 189). Nicht spektakuläre Neuansätze, sondern Konsolidierung und Kontinuität standen im Vordergrund seiner Europapolitik. Anders jedoch als in der Ost- und Entspannungspolitik lässt sich sein Wirken nicht auf eine Kurzformel bringen. Während die einen Genschers Europakonzept mit Begriffen wie „Modell“ oder „gesamteuropäische Friedensordnung“ umschreiben (Heumann 2002, S. 423–424), sehen andere in ihm den Initiator des interregionalen Dialoges und damit nicht zuletzt einen Architekten der „Zivilmacht“ Europas (Wessels 2002). Letztere Zuschreibung kommt Genschers Überzeugungen insofern nahe, als dass dem Zivilmacht-Konzept ein liberal-universalistisches Verständnis von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit zugrunde liegt, das Genscher weitgehend geteilt haben dürfte.

Genscher war überzeugter Europäer. Anders als noch in der unmittelbaren Nachkriegsphase, als die FDP die Ratifizierung der Römischen Verträge noch mit dem Argument der Spaltung des europäischen Marktes ablehnte, haben die Liberalen unter Genscher alle europapolitischen Grundsatzentscheidungen mitverantwortet und mitgetragen (Schieder 2011, S. 37). Ein Widerspruch zwischen nationalen und europäischen Interessen besteht folglich nicht, sondern Genscher hat – und damit ganz in der Traditionslinie Adenauers – vielmehr dazu beigetragen, eine auf Dauer angelegte Beziehung zu Europa aufzubauen, die als symbiotisch bezeichnet werden kann. Nicht der Gegensatz zwischen Deutschland und Europa ist bemerkenswert, sondern wie sehr Deutschland und Europa miteinander verflochten sind und dabei Kräfte freigesetzt wurden, welche „die Beziehung zwischen Deutschland und Europa zu einem Deutschland in Europa umgestaltet haben“ (Katzenstein 1997, S. 46). Auch Genscher sah die Mitwirkung in Europa als Chance, den Gestaltungsbereich des semi-souveränen Staates zu erweitern (Katzenstein 1987). Von weitreichenden europapolitischen Visionen hielt er wenig; auch die schwärmerische Europaromantik, wie sie der spätere Außenminister Joschka Fischer mit viel Pathos pflegte, lag

dem Pragmatiker Genscher fern. Vielmehr sah Genscher die liberal-universelle Wertegrundlage der EG als „das Band zu den außerhalb der Gemeinschaft stehenden Demokratien Europas an, die heute unter einer fremden, aufgezwungenen Ideologie leben müssen“ (Genscher 1995, S. 361). Insofern galt ihm die EG stets als das „Kraftzentrum der Freiheit“ in Europa (Lucas 2002, S. 89).

Ein herausragendes Motiv des „Genscherismus“ in der Europapolitik war die Stärkung Europas als globaler Akteur. Genscher reklamiert, nicht nur der Vater des interregionalen Kooperationskonzeptes zu sein, sondern er ließ im Auswärtigen Amt auch Kooperationsverträge mit regionalen Staatengruppen wie der ASEAN, den Golf-Staaten, Zentralamerika und anderen Regionen entwickeln (Heumann 2002, S. 424). Ziel war es, die EG weltweit als „Modell“ zu positionieren. Die Attraktivität der Gemeinschaft als außenpolitischer Partner in einer Welt im Übergang sah Genscher darin, dass die EG nicht auf den alten Methoden der Machtpolitik beruhe, sondern das in die Zukunft weisende Prinzip der „globalen Interdependenz“ verkörpere (Lucas 2002, S. 94). Sie wäre dies als globale Zivilmacht, als Ordnungsmacht, die auf den Werten des Liberalismus gründet, und nicht als *global balancer* zwischen Ost und West. Darin lag auch die Anziehungskraft für die Staaten Mittel- und Osteuropas, die im Zuge der Osterweiterung der EU beitreten sollten. Indem der Bundesaußenminister sich als Initiator des interregionalen Dialogs einsetzte, wirkte er auch als Architekt einer europäischen Zivilmacht.

Während aus realistischer Sicht Europa als kollektiver Hegemon erscheint, dem es primär um die Strategie des aktiven *milieu shaping* geht, beruht ein ziviles Rollenverständnis auf der Akzeptanz und Notwendigkeit von Diplomatie und Kooperation zur Lösung internationaler Probleme. Der Schwerpunkt liegt dabei auf nicht-militärischer (d. h. primär ökonomischer) Macht zur Erreichung der Ziele und der Bereitschaft zu regelgeleitetem Konfliktmanagement und zur Entwicklung supranationaler Strukturen (Duchêne 1973; Maul 1990). Damit geht diese Denkschule von einer alternativen Analyse internationaler und europäischer Politik aus. Frieden ist nicht das labile Ergebnis eines immer wieder neu zu etablierenden Mächtegleichgewichts, sondern resultiert aus dem Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Konfliktherden innerhalb wie zwischen den Staaten. In diesem Zusammenhang war Genscher ein engagierter Fürsprecher einer immer stärkeren außenpolitischen Zusammenarbeit innerhalb der EG. Dies galt für die Handelspolitik ebenso sehr wie für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, dem Abkommen mit den Staaten im Maghreb oder dem Europäisch-Arabischen Dialog (1974). Mit der Erklärung von Venedig (1980) bekannte sich die EG auch zu einer aktiven Rolle im Nahen Osten.

Europa als globalen Zivilmachtakteur zu stärken bedeutet freilich nicht eine Schwächung der transatlantischen Bindung. Genscher erteilte jedwedem Äquidis-

tanzdenken oder Formen des *balancing* eine Absage. Die europäischen Demokratien könnten ihren Friedensauftrag nur erfüllen unter dem Schuttschirm der NATO. Alleine das Bündnis kann das für den Frieden notwendige „Gleichgewicht in Europa und in der Welt aufrechterhalten. Ein Europa, das seinen Standort wertfrei in Äquidistanz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion suchen wollte, würde im Ergebnis sein Gewicht in der internationalen Politik und gerade auch gegenüber dem Osten verlieren“ (Genscher 1985 [1982], S. 24). Dies schloss für Genscher allerdings nicht aus, dass die Europäer nicht auch die Fähigkeit entwickeln, ihre Interessen selbst zu definieren. Denn nicht die USA verweigern Europa die Gleichgewichtigkeit im Bündnis, sondern die Europäer sich selbst, nämlich „durch mangelnde Einigungsfähigkeit, durch nationale Egoismen und durch unvollständige Beiträge zur gemeinsamen Sicherheit“ (Genscher 1985 [1982], S. 28). Andererseits dürfe eine europäische Außenpolitik nie anti-amerikanische Züge tragen. Die transatlantische Rückversicherung Europas und die Absage an Europaideen in der Tradition Charles de Gaulles spielten in seiner Europapolitik eine wichtige Rolle, was Genscher allerdings – und darin zeigt sich wieder die für seine Außen- und Europapolitik typische Anpassungsfähigkeit – nicht davon abhielt, das Verhältnis zwischen Bonn und Paris als „entente élémentaire“ zu beschreiben (Lucas 2002, S. 96), obwohl er im Vergleich zur *special relationship* zwischen Schmidt und Valéry Giscard d’Estaing sowie später Kohl und François Mitterrand keine besonderen Verbindungen zu seinen französischen Amtskollegen pflegte (Lucas 2002, S. 96). Formen des Minilateralismus oder Vorstellung eines deutsch-französischen Direktoriums lehnte Genscher ab.

Vor diesem Hintergrund war es dann auch nicht erstaunlich, dass Genscher – anders als Bundeskanzler Schmidt, der den deutsch-französischen Beziehungen oft zum Missfallen der EU-Mitgliedstaaten Priorität einräumte, – seine wichtigste europapolitische Initiative zusammen mit seinem italienischen Außenminister Emilio Colombo vorantrieb – ein Novum in der Integrationsgeschichte (Rosengarten 2008). Die Genscher-Colombo-Initiative vom November 1981, die im Juni 1983 in Stuttgart unterzeichnet worden ist, war der Versuch, dem in eine Krise geratenen Integrationsprozess neue Impulse zu verleihen. Genscher zielte zunächst auf die vertragliche Schaffung einer Europäischen Union, um die außenpolitischen Stränge der Europapolitik zusammenzufassen und zu stärken. Sein italienischer Amtskollege plädierte dafür, ergänzend auch Fortschritte der wirtschaftlichen Integration einzubeziehen. Ergebnis der Genscher-Colombo-Initiative war eine „Europäische Akte“, welche die Europäische Union nicht begründen, sondern einen Beitrag zu ihrer späteren Einrichtung leisten sollte. Die Initiative selbst markierte – da die Zeit für eine große Verfassungslösung noch nicht reif war – einen pragmatischen Zwischenschritt und wurde von europäischen Föderalisten als phantasielose neue

Variante der üblichen intergouvernementalen Kooperation zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten kritisiert. Erst später stellte sich heraus, dass damit eine euroapolitische „Rakete“ (Genscher 1995, S. 362) gestartet worden ist, die mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 und dem Vertrag von Maastricht 1991 zu den beiden größten Vertragsrevisionen seit den Römischen Verträgen führen sollte.

Außenminister Genscher pflegte in der Europapolitik die Orientierung am Machbaren, wie es Walter Hallstein anschaulich einmal so formuliert hat:

Theoretisch hätte man sich unter der Erschütterung des Zusammenbruchs am Ende des Zweiten Weltkrieges eine totale Lösung „auf einmal“ vorstellen können. Psychologisch war alles dazu bereit. Aber die Kräfte reichten nicht dafür. Deshalb haben wir uns entschlossen, schrittweise vorzugehen. Die Wahl der Schritte, ihre Definition und deren zeitliche Aufeinanderfolge ist eine Frage der Opportunität. Es gibt darin nichts Prinzipielles außer der Forderung, daß die Richtung auf immer mehr Einheit eingehalten werden muß. Wir nennen das die pragmatische Methode der europäischen Politik (Hallstein 1973, S. 17).

Im Lichte dieser pragmatischen Integrationsmethode lassen sich wichtige europolitische Entscheidungen betrachten, die in die Ära Genscher fallen, namentlich der seit 1984 bestehende „Brittenrabatt“, die Süderweiterung und Regionalpolitik sowie die Wirtschafts- und Währungsunion.

Beim „Brittenrabatt“ (1984) unterstützte Genscher einen finanziellen Korrekturmechanismus. Einerseits war er der Überzeugung, dass Europa ohne das Vereinigte Königreich ein politischer Torso bleiben würde. Andererseits lag es im deutschen Interesse, dass London als eine der vier Siegermächte beim Bau Europas eine konstruktive Haltung einnimmt, weshalb er dem Primat der Politik Vorrang einräumte. Auch bei der Süderweiterung hatten politische Argumente Vorrang vor finanzpolitischen Erwägungen (Kirchner 1990, S. 163). Während die einen in der Süderweiterung nichts als Opfer zu Lasten der Bürger sahen und damit das Unbehagen in der deutschen Bevölkerung angesichts einer immer kostspieligeren Europapolitik artikulierten, interpretierte Genscher die Erweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal im deutschen Interesse. Zwar negierte er nicht die Gefahren, aber er sah die Süderweiterung eher als Chance, das freie Europa – und damit auch das außenpolitische Umfeld der BRD – weiter zu stabilisieren und die Demokratie in Europa zu stärken (Lucas 2002, S. 98–99). Entschieden widersprach er der „Zahlmeister“-These und verteidigte die umstrittene Süderweiterungs- und Regionalpolitik mit dem liberalen Argument, das Wohlstandsgefälle in Europa bedrohe den Zusammenhalt und die Stabilität Europas, die er vor dem Hintergrund des Eurokommunismus gefährdet sah. Genscher wurde zu einem der entschiedensten Fürsprecher des europäischen Vertiefungs- und Erweiterungsprozesses. Nicht dass



die Einigung Europas nicht von Beginn an auch im Interesse Westdeutschlands gewesen wäre (Anderson und Goodman 1993, S. 60). Aber das Bewusstsein eines verpflichtenden historisch-moralischen Erbes sprach für die Bereitschaft, auch die Perspektiven der anderen einzunehmen und gelegentlich Konflikte durch Transferleistungen zu entschärfen (Bulmer und Paterson 1987).

Die Koinzidenz zwischen der Erweiterung und Vertiefung des Integrationsprozesses auf der einen Seite und dem Vertrauen in das Modell „Westdeutschland“ mit seiner institutionellen und wirtschaftlichen Struktur auf der anderen Seite eröffnete neue Spielräume „for supplying German-patented institutional models to Europe“ (Bulmer et al. 2010, S. 7). Begünstigt wurde der Export deutscher Politikmodelle für den europäischen Binnenmarkt durch die Kongruenz zwischen dem semi-souveränen bundesdeutschen Regierungssystem und dem europäischen Institutionengefüge, durch das ein spezifisches institutionelles Milieu geschaffen wurde, „in which German actors can feel at home“ (Katzenstein 1997, S. 40). Wie sehr der erfolgreiche Export deutscher Institutionen sich verfestigte, zeigt Genschers aktiv-gestaltende Rolle beim Zustandekommen der Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Europäischen Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank.<sup>8</sup> Während Kanzleramt, Finanzministerium und Bundesbank sich lange in Zurückhaltung übten, argumentierte Genscher, dass der Binnenmarkt durch eine Europäische Zentralbank und einen einheitlichen Währungsraum flankiert werden müsse (Müller Brandeck-Bouquet 2002, S. 148). Wirtschaftliche Konvergenz und monetäre Integration müssten nicht zwangsläufig aufeinander folgen, sondern könnten auf pragmatischem Weg parallel verwirklicht werden, was einer Abkehr von der bislang verfochtenen „Krönungstheorie“ gleichkam (Dyson und Featherstone 1999). Auf Genschers Initiative hin wurde eine Expertengruppe der Notenbankchefs eingesetzt, die unter dem Vorsitz des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors Vorschläge zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion erarbeiten sollte. Damit war die hartnäckigste innenpolitische Opposition in Gestalt der Bundesbank eingebunden und auf eine konstruktive Rolle verpflichtet (Gaddum 1994, S. 348). Ebenso wie der Bundeskanzler war der Außenminister bereit, die deutsche Währung irreversibel mit Fortschritten bei der europäischen Einigung zu verbinden.

---

8 Das Auswärtige Amt legte am 26. Februar 1988 ein „Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank“ vor, das den Kompromiss nach innen wie nach außen suchte.

## 4 Fazit

Hat Bundesaußenminister Genscher aus einer theoretischen Perspektive heraus Außenpolitik betrieben? Aus den Ausführungen ist deutlich geworden, dass der Sicherheits- und Europapolitik von Genscher kein eindeutiges theoretisches *template* zugrunde lag. Vielmehr zeichnet sich der „Genscherismus“ durch eine Mischung von (neo-)realistischen und liberal-institutionalistischen Theorieelementen aus. Besonders deutlich zeigt sich das Mischungsverhältnis bei der Entspannungspolitik, die er unüberhörbar mit dem Adjektiv „realistisch“ verband. Als Anwalt der Ostpolitik war er stets um ein kooperatives Verhältnis bedacht, auch weil Entspannungspolitik für ihn immer wesentlich auch Deutschlandpolitik war. Gleichzeitig war er in der Zeit der Entspannungseuphorie ein Mahner zur Nüchternheit, da er das militärische Gleichgewicht und den Ausgleich zwischen Leistungen und Gegenleistungen als Voraussetzungen seiner Politik ansah. Mit einer pragmatischen Methode navigierte Genscher auch durch die Europapolitik, wo seine Initiativen zwischen 1974 und 1980 vor allem der Rolle der Europäischen Gemeinschaft nach außen galten. Mit der Genscher-Colombo-Initiative und der Forcierung der europäischen Währung gehen aber auch wichtige Fortschritte im institutionellen und monetären Bereich auf sein integrationspolitisches Konto.

Doch bei aller Dialektik von europäischer Sicherheit und Entspannung lehnte Genscher Termini wie „Macht“ oder „Großmachtstreben“ entschieden ab. Dem Sirengesang von Machtpolitik in der Tradition realistischer Denkkategorien gelte es zu widerstehen, und das Eintreten für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte sei für das liberale Credo genauso konstitutiv wie der Verzicht auf Macht- und Hegemonialstreben. Durch die explizite Verknüpfung mit einem allgemein abgelehnten Konzept wie Hegemoniestreben wurde der durchaus diskussionswürdige Machtbegriff aber in eine schuldhaftige Abhängigkeit gebracht. Dadurch blieben der deutschen Außenpolitik in der Ära Genscher auch Handlungsspielräume verschlossen. Die Frage nach einer möglichen deutschen Beteiligung an internationalen Einsätzen hat Genscher stets mit dem Argument von sich gewiesen, Deutschlands Rolle könne es nicht sein, sich als Weltgendarm zu gerieren oder als militärische Ordnungsmacht aufzutreten. Sieht man einmal davon ab, dass derartige Antworten wenig Raum für ernsthaftes Nachdenken über Außenpolitik lassen, so beförderten sie auch jene deutsche Unart, militärische Maßnahmen zur Eindämmung von Konflikten kategorisch zu tabuisieren. Die Instrumentalisierung der Außenpolitik zum Zwecke der Innenpolitik – Genschers ubiquitäre Selbstprojizierung in den Medien ist ebenso Legion wie der wahltaktische Koalitionswechsel 1982, mit dem Genscher sein Eintreten für den NATO-Doppelbeschluss trotz der Friedensdemonstrationen verteidigen konnte, während es dem Bundeskanzler Schmidt die Unterstützung der

SPD kostete –, bei gleichzeitiger Verweigerung machtpolitischer Denkkategorien, muss einen nicht gleich dazu verleiten, „Genscherismus“ mit „Machtvergessenheit“ (Schwarz 1985) oder „Missbrauch von Außenpolitik“ (Gillesen 1987) gleichzusetzen. Richtig ist aber, dass der Schatten des „Genscherismus“ immer noch über der deutschen Außenpolitik liegt, wie die aktuelle Debatte um die „Kultur der außenpolitischen Zurückhaltung“ und einer von vielen geforderten „Kultur des außenpolitischen Engagements“ zeigt.

Genscher formulierte seine außenpolitischen Grundsätze noch in einer Zeit des weltpolitischen Übergangs, in der zwei unterschiedliche Realitäten und Denkweisen im Widerstreit miteinander lagen. Die eine Realität – so Genscher (Genscher 1985 [1978], S. 36) in einer seiner Reden – „ist die Machtpolitik. Dahinter steht die überholte Vorstellung, dass ein Staat die eigenen Interessen am besten durch Gewalt und durch das Streben nach Vorherrschaft wahren und sichern kann. Die zweite, die neue Realität, ist die globale Interdependenz“. Das Ineinandergreifen zweier widerstreitender Realitäten erfordere von einem Außenpolitiker nicht nur Doppelkritik, sondern auch ein gerüttelt Maß an Anpassungsfähigkeit. Dies mag ein Grund dafür sein, weshalb die Außenpolitik von Genscher mit pragmatischen Labels wie „Zweckmäßigkeit“ oder „Möglichkeiten offen halten“ umschrieben und weniger als ideologisch grundiert oder einem strategischen Entwurf folgend angesehen wurde (Kirchner 1990, S. 172–173). „Genscherismus“ ist letztlich eine Reaktion auf die internen (Wertewandel, die Suche nach nationaler Identität und gestiegenes Selbstbewusstsein der Deutschen) und externen Veränderungen (die Annäherung zwischen den beiden Machtblöcken, die Dynamik der europäischen Integration und der Wandel in den transatlantischen Beziehungen), denen deutsche Außenpolitik gegenüberstand. Mehr als der interne Wandel haben es Genscher vor allem die externen Umbrüche und Transformationsprozess erlaubt, Einfluss auf die westdeutschen Entscheidungsprozesse zu nehmen und die deutsche Sicherheits- und Europapolitik bis zur Wiedervereinigung wie kein anderer nachhaltig zu prägen. Joachim Fest hat einmal treffend resümiert: „To me, ‚Genscherism‘ seems to be a synonym of ‚pragmatism‘. It is a reflection of Germany’s very complicated position between the two superpowers. He tries to make the most of this difficult situation, and often succeeds“ (Fest 1990, S. 85).

## Literatur

- Anderson, J. J., & Goodman, J. B. (1993). Mars or Minerva? A United Germany in a Post-Cold War Europe. In R. O. Keohane (Hrsg.), *After the cold war. International institutions and state strategies in Europe, 1989-1991* (S. 23-62). Cambridge, MA.: Harvard University Press.
- Albrecht, U. (1992). *Die Abwicklung der DDR - Die „2+4-Verhandlungen“ Ein Insider-Bericht*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Berg, M. (1992). *Gustav Stresemann. Eine politische Karriere zwischen Reich und Republik*. Göttingen/Zürich: Muster-Schmidt.
- Bulmer, S., & Paterson, W. E. (1987). *The Federal Republic of Germany and the European Community*. London: Allen and Unwin.
- Bulmer S., Jeffery, C., & Paddgett, S. (2010). Democracy and diplomacy, Germany and Europe. In S. Bulmer (Hrsg.), *Rethinking Germany and Europe: Democracy and Diplomacy in a semi-sovereign state* (S. 1-21). London : Palgrave Macmillan.
- Call, M.-J. (2007). Ex-Jugoslawien. In S. Schmidt, G. Hellmann, & R. Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (S. 468-481). Wiesbaden: VS Verlag.
- Czempiel, E.-O. (1998). *Friedensstrategien*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Czempiel, E.-O. (2002). Multilaterale Entspannungspolitik: KSZE-Prozess und das Ziel einer gesamteuropäischen Friedensordnung. In H.-D. Lucas (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa* (S. 135-154). Baden-Baden: Nomos.
- Detelhoff, N., & Zürn, M. (2013). Die Internationalen Beziehungen: Ein einführender Überblick. In M. G. Schmidt, F. Wolf, & S. Wurster (Hrsg.), *Studienbuch Politikwissenschaft* (S. 381-410). Wiesbaden: VS Verlag.
- Doyle, M. (1986). Liberalism and world politics. *American Political Science Review*, 80(4), 1151-1169.
- Duchêne, F. (1973). Die Rolle Europas im Weltsystem. Von der regionalen zur planetaren Interdependenz. In M. Kohnstamm und W. Hager (Hrsg.), *Zivilmacht Europa - Supermacht oder Partner?* (S. 11-35). Frankfurt M.: Suhrkamp.
- Dyson, K., & Featherstone, K. (1999). *The road to Maastricht: Negotiating economic and monetary union*. Oxford: Oxford University Press.
- Fest, J. (1990). Germany after the two states. A conversation with Joachim Fest. *European Journal of International Affairs*, 7(1), 73-89.
- Frei, D. (1973). Einführung. Wozu Theorien der Internationalen Politik? In: D. Frei (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen* (S. 11-25). München: Piper.
- Gaddum, E. (1994). *Die deutsche Europapolitik in den 1980er Jahren*. Paderborn: Schöningh.
- Gall, L. (1985). Liberalismus und Auswärtige Politik. In K. Hildebrand, & R. Pommerin (Hrsg.), *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag* (S. 31-76). Köln: Böhlau.
- Genscher, H.-D. (1985). *Deutsche Außenpolitik*. Bonn: Verlag Bonn Aktuell.
- Genscher, H.-D. (1989). Rede vor dem World Economic Forum in Davos am 29. Januar 1989, [http://www.2plus4.de/chronik.php3?date\\_value=29.01.89&sort=000-000](http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=29.01.89&sort=000-000). Zugriffen: 12. Aug. 2014.
- Genscher, H.-D. (1995). *Erinnerungen*. Berlin: Siedler Verlag.
- Genscher, H.-D. (1996). Die OSZE stärken - unverzichtbare Voraussetzung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok. In Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), *OSZE Jahrbuch* (S. 47-54). Baden-Baden: Nomos.

- Genscher, H.-D. (2000). Rede von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher bei der Festveranstaltung anlässlich 25 Jahre Schlussakte von Helsinki am 19. Juli 2000 in Wien, [http://www.wien-osze.diplo.de/contentblob/210954/Daten/Genscher\\_datei.pdf](http://www.wien-osze.diplo.de/contentblob/210954/Daten/Genscher_datei.pdf). Zugegriffen: 12. Aug. 2014.
- Gillessen, G. (1987, 19. Aug.). Mißbrauchte Außenpolitik. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 1.
- Grieco, J. (1988). Anarchy and the limits of cooperation: A realist critique of the newest liberal institutionalism. *International Organization*, 42(3), 485–507.
- Gruber, L. (2000). *Ruling the world: Power politics and the rise of supranational institutions*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Haftendorn, H. (2001). *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000*. Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Haftendorn, H. (2002). Hans-Dietrich Genscher und Amerika. In H.-D. Lucas (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa* (S. 115–134). Baden-Baden: Nomos.
- Hallstein, W. (1973). Einführung. In T. Jansen, & W. Weidenfeld (Hrsg.), *Europa. Bilanz und Perspektive*, (S. IX-XX). Mainz: Hase & Koehler.
- Hanrieder, W. F. (1995). *Deutschland. Europa. Amerika: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*. Paderborn: Schöningh.
- Hellmann, G. (2009). Pragmatism and international relations. *International Studies Review*, 11(3), 638–662.
- Herz, J. H. (1974). *Staatenwelt und Weltpolitik*. Hamburg: Hoffmann & Campe.
- Heumann, H.-D. (2001). *Deutsche Außenpolitik jenseits von Idealismus und Realismus*. München: Olzog.
- Heumann, H.-D. (2002). Genscher, ein „liberaler“ Außenpolitiker? In H.-D. Lucas (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa* (S. 413–432). Baden-Baden: Nomos.
- Joas, H., & Knöbl, W. (2004). Was ist Theorie? In H. Joas, & W. Knöbl (Hrsg.), *Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen* (S. 13–38). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kant, I. [1795] (1977). Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In W. Weischedel (Hrsg.), *Immanuel Kant Werkausgabe* (Bd. 11) (S. 193–251). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kant, I. [1793] (1977). Über den Gemeinspruch: Das mag gut sein für die Theorie, taugt aber nichts in der Praxis. In W. Weischedel (Hrsg.), *Immanuel Kant: Werke in 12 Bänden* (Bd. 11), (S. 127–172). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Katzenstein, P. J. (1987). *Policy and politics in West-Germany: The growth of a semisovereign state*. Philadelphia, PA: Philadelphia University Press.
- Katzenstein, P. J. (1997). United Germany in an integrating Europe. In P. J. Katzenstein (Hrsg.), *Tamed power: Germany in Europe* (S. 1–47). Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Keohane, R. O. (1984). *After Hegemony. Cooperation and discord in the world political economy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Kirchner, E. J. (1990). Genscher and what lies behind ‚Genscherism‘. *West European Politics*, 13(2), 159–177.
- Kohl, H. (1986, 27. Okt.). Ron, Be Patient. *Newsweek*, S. 20.
- Lucas, H.-D. (2002). Politik der kleinen Schritte – Genscher und die deutsche Europapolitik. In H.-D. Lucas (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa* (S. 85–115). Baden-Baden: Nomos.
- Maull, H. W. (1990). Germany and Japan. The new civilian powers. *Foreign Affairs*, 69(5), 91–106.
- Mitrany, D. (1943). *A working peace system. An argument for the functional development for international organization*. London: Royal Institute of International Affairs.

- Moravcsik, A. (1997). Taking preferences seriously. A liberal theory of international politics. *International Organization*, 51(4), 513–553.
- Morgenthau, H. J. (1948). *Politics among nations. The struggle for power and peace*. New York, NY: Knopf.
- Müller-Brandeck-Bocquet, G. (2002). *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Angela Merkel*. Opladen: Leske und Budrich.
- Niedhart, G. (1999). *Die Aussenpolitik der Weimarer Republik*. München: Oldenbourg.
- Ranke, L. von. (1887). *Politisches Gespräch*. Leipzig: Duncker und Humblot.
- Risse, T. (2000). Theorien der internationalen Politik und die Praxis der Kriegsverhütung und Friedensförderung. In S. Frech, W. Hesse, & T. Schinkel (Hrsg.), *Internationale Beziehungen in der politischen Bildung* (S. 49–65). Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Ritter, G. A. (2013). *Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung*. München: C.H. Beck.
- Rorty, R. (2000). *Wahrheit und Fortschritt*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rosengarten, U. (2008). *Die Genscher-Colombo-Initiative. Baustein für die Europäische Union*. Baden-Baden: Nomos.
- Rudolph, H. (2009, 14. März). Rekordaußenminister. Die Lehre vom Genscherismus. *Tagesspiegel*. <http://www.tagesspiegel.de/politik/rekordausenminister-die-lehre-vom-genscherismus/1472656.html>. Zugegriffen: 12. Aug. 2014.
- Ruggie, J. G. (1993). Multilateralism: The anatomy of an institution. In J. G. Ruggie (Hrsg.), *Multilateralism. Matters* (S. 3–36). New York, NY: Columbia University Press.
- Russett, B. M. (1993). *Grasping the democratic peace. Principles for a post-cold war world*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Russett, B. M., & Oneal, J. R. (2001). *Triangulating peace. Democracy, interdependence, and international organizations*. New York, NY: Norton.
- Schieder, S. (2011). Germany: Problematising Europe, or evidence of an emergent euro-scepticism? In R. Harmsen, & J. Schild (Hrsg.), *Debating Europe: The 2009 European Parliament elections and beyond* (S. 33–51). Baden-Baden: Nomos.
- Schieder, S. (2014). New liberalism. In S. Schieder, & M. Spindler (Hrsg.), *Theories of international relations* (S. 107–129). London/New York, NY: Routledge.
- Schwarz, H.-P. (1985). *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*. Stuttgart: DVA.
- Spindler, M., & Schieder, S. (2014). Einleitung englischer Band. In S. Schieder, & M. Spindler (Hrsg.), *Theories of international relations* (S. 1–21). London: Routledge.
- Staack, M. (2000). *Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*. Paderborn: Schöningh.
- Steinberg, J. (2012). *Bismarck. Magier der Macht*. Berlin: Propyläen.
- Steinmeier, F.-W. (2007). Ein Ostpolitiker und großer Europäer: Der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher wird 80. <http://www.zeit.de/2007/12/Hans-Dietrich-Genscher>. Zugegriffen: 12. Aug. 2014.
- Stresemann, G. (1925). Rede in Berlin vor der Arbeitergemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin. [http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegeschichte/Dateien/Text\\_1925.pdf](http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegeschichte/Dateien/Text_1925.pdf). Zugegriffen: 12. Aug. 2014.
- Walter, H. [1989] (1990). Die neue „Appeasement“-Politik. In R. Kiessler, & H. R. Schulze (Hrsg.), *Hans-Dietrich Genscher. Ein deutscher Außenminister* (S. 171–172). München: Bertelsmann.
- Waltz, K. N. (1979). *Theory of international politics*. Reading, MA: Addison-Wesley.

- Waltz, K. N. (1996). International politics is not foreign policy. *Security Studies*, 6(1), 52–55.
- Wessels, W. (2002). Hans-Dietrich Genscher: Initiator des interregionalen Dialogs – Architekt einer Zivilmacht Europa. In H.-D. Lucas (Hrsg.), *Genscher, Deutschland und Europa* (S. 185–200). Baden-Baden: Nomos.
- Zelikow, P. D., & Rice, C. (1997). *Germany unified and Europe transformed: A study in statecraft*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Zürn, M. (2006). Edel, hilfreich – nicht gut. Deutschlands Außenpolitik genießt weltweit hohes Ansehen. Warum eigentlich? <http://www.zeit.de/2006/42/dt-Aussenpolitik>. Zugriffen: 12. Aug. 2014.